

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Oktober 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 985 Postulat Candan Hasan und Mit. über einen Energiekredit für KMU / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Hasan Candan hält an seinem Postulat fest.

Hasan Candan: Das vorliegende Postulat verlangt einen Prüfauftrag über die Einrichtung eines Kreditprogramms für Unternehmen, welche Investitionen in die Energieeffizienz und zur Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern tätigen, dies aufgrund der Nachwirkungen der Corona-Krise, die vor allem für die KMU sehr einschneidend war, und aufgrund der angespannten Lage des Energiemarktes. Deren Auswirkungen sind immer noch präsent, da viele Produktionskosten um 15 bis 20 Prozent gestiegen sind. Wieso sollen die KMU unterstützt werden? Die KMU sind für unsere kleinräumige Wirtschaft im Kanton Luzern sehr wichtig, deshalb müssen wir zu ihnen Sorge tragen. Der Kanton Luzern hat aber auch verschiedene nationale Ziele, er will bis 2050 klimaneutral werden. Unser Rat hat den Klima- und Energiebericht verabschiedet, der einige Ziele und Anpassungen vorsieht. Diese Anpassungen haben auch Auswirkungen auf die KMU: Die im Postulat aufgeführten Investitionen binden finanzielle Mittel. Nicht alle Unternehmen verfügen über ausreichende finanzielle Ressourcen, um in Energieeffizienzmassnahmen zu investieren. Ohne Geld können auch keine Investitionen getätigt werden. Letzte Woche haben wir eine ähnliche Diskussion über Elektrofahrzeuge und Verbrenner geführt. Gewisse Stimmen haben sich dabei auch zum Bonus-Malus-System geäussert. Zwar wurde es nicht direkt gesagt, aber es lief darauf hinaus, dass man doch blöd sei, wenn man kein Elektrofahrzeug kaufe, weil man dadurch ja sparen könne. Ein Elektrofahrzeug ist aber teuer, und viele Menschen im Kanton haben nicht so ein grosses Budget, um sich ein solches leisten zu können. Das Gleiche gilt in diesem Fall für die KMU, sie müssen auch zu ihrem Geld schauen. In ihrer Stellungnahme zeigt die Regierung zwar auf, dass es gewisse nationale Unterstützungsprogramme gibt. Gewisse Fördergefässe sind aber vor allem für grosse Unternehmen, und die kleinen können nicht davon profitieren. Wir glauben aber, dass in der Kaskade auch die Kantonsregierung in der Verantwortung ist. Die Regierung scheint nicht mit gleichen Ellen zu messen. Am Schluss schreibt sie, dass es sich um eine Aufgabe der Banken und nicht des Kantons handle. Wie steht die Regierung aber zur Landwirtschaftlichen Kreditkasse? Wenn landwirtschaftliche Betriebe Investitionen vornehmen müssen, erhalten sie von der Landwirtschaftlichen Kreditkasse Unterstützung. Das ist auch richtig so, denn die Landwirtschaft hat eine wichtige Aufgabe, nämlich die Nahrungsmittelproduktion im Kanton. Weshalb ist eine solche Unterstützung der Landwirtschaft möglich, aber bei den KMU nicht? Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung

zuzustimmen.

Urs Brücker: Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Die Regierung führt in ihrer Stellungnahme richtig aus, dass es für die im Postulat adressierten Bereiche bereits diverse Förder- und Unterstützungsgefässe gibt. Das Schweizer Stimmvolk hat am 18. Juni 2023 das neue Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) klar angenommen. Darin werden zusätzlich zu den 450 Millionen Franken, die heute schon aus der CO₂-Abgabe ins Gebäudeprogramm fliessen, während zehn Jahren nochmals 200 Millionen Franken für den Ersatz von Öl-, Gas- und Elektroheizungen ausgeschüttet. Industrie- und Gewerbebetriebe, die innovative, klimaschonende Technologien einsetzen, erhalten während sechs Jahren 200 Millionen Franken. Die Verordnungen zum KIG treten am 1. Januar 2025 in Kraft. Gemäss Botschaft zum revidierten CO₂-Gesetz, die der Bundesrat am 16. September 2022 veröffentlicht hat, soll auch die Teilzweckbindung der Mittel aus der CO₂-Abgabe angehoben werden. Es kann sein, dass bis zu 49 Prozent der CO₂-Abgabe für Verminderungsmassnahmen eingesetzt werden können. Heute ist es nur ein Drittel der gesamten CO₂-Abgabe. Die Einlage in den Technologiefonds wird um jährlich 10 Millionen Franken erhöht. Die Bürgschaften für innovative KMU betreffend Risiko des thermischen Netzes sollen abgesichert werden. So steht es im CO₂-Gesetz. Fast noch wichtiger ist das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Mantelerlass), das vor Kurzem angenommen wurde. Der Mantelerlass enthält etwa begleitende Marktprämien für die Abgeltung der Stromproduktion aus grossen Anlagen, die Ausweitung der Elektrizitätsgemeinschaften, die zulässige Verschuldung des Netzzuschlagsfonds, die solidarische Finanzierung von Netzverstärkungen oder die Netzentgeltungsbefreiung von dezentralen Speichern für Unternehmen, insbesondere beim Einsatz von fossilen Energieträgern mit Strom. Insbesondere der Mantelerlass sollte zu grossen Auswirkungen führen. Ich hoffe, dass die SVP nicht das Referendum dagegen ergreifen wird. Die Regierung ist zudem mit der Umsetzung der Motion M 641 über einen kantonalen Klima-Innovationsfonds beschäftigt. Es wird also bereits sehr viel getan.

Heidi Scherer: Investitionen in die Energieeffizienz und die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern helfen mit, um die Klimaziele zu erreichen. Die Investitionen in erneuerbare Energiesystem werden sich langfristig lohnen. Es ist im Interesse der Unternehmen selbst, in die Zukunft zu investieren. Darüber sind wir uns wohl alle einig. Das gilt sowohl für grosse als auch für kleine Unternehmen. Mit dem Planungsbericht über die Klima- und Energiepolitik des Kantons Luzern wurden sehr viele Massnahmen in verschiedensten Bereichen eingeleitet oder sind in Planung. Auf verschiedensten Ebenen stehen Fördermassnahmen und der finanzielle Anreiz bereit. All dies dient der Erreichung der Klimaziele und unterstützt auch die Wirtschaft. Die FDP-Fraktion findet aber nicht, dass der Kanton zusätzlich als Kreditgeber für die Vergabe von Krediten zu Vorzugskonditionen für KMU ein Kreditprogramm bereitstellen soll. Es nicht die Aufgabe des Kantons, Risiko- und Fristentransaktionsfunktionen zu übernehmen, egal für welche Zielgruppe, und dafür Mittel zu binden. Nebst dem, dass die Kreditvergabe die Aufgabe der Banken ist, gilt es auch zu erwähnen, dass gerade die Banken ihre Kreditprodukte immer stärker unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien gestalten. Die FDP-Fraktion folgt der Regierung und lehnt das Postulat ab.

Fabian Stadelmann: Aufgrund der angespannten Lage im Energiemarkt mit steigenden Energiepreisen seien die Luzerner KMU nach der Corona-Krise wiederholt unter Druck. Man will einen Energiekredit einrichten, insbesondere für kleine und mittelgrosse Unternehmen. Diesen Kredit braucht es nicht, sondern wir müssen bereits vorher gute Rahmenbedingungen für die KMU schaffen. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist das viel wichtiger. Diesbezüglich lässt die

Energiestrategie 2050 wieder von sich hören, und unser Rat wird noch oft darüber diskutieren, dass die Energiepreise in die Höhe schiessen. Vor drei Wochen durfte ich mit einem ehemaligen Ratsmitglied der Mitte-Fraktion sprechen. Es ist unglaublich, wie beispielsweise Bäckereien auf dem Zahnfleisch gehen. Deshalb müssen wir gute Rahmenbedingungen schaffen, anstatt mit Krediten auszuweichen. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Thomas Kummer: Das Thema Klima hat bei uns hohe Priorität. Deshalb priorisieren wir den Einsatz von finanziellen Mitteln zugunsten des Klimas. Im Gegensatz zur Haltung der Regierung stimmt die Grüne Fraktion der Erheblicherklärung zu. Mit der Überweisung des Postulats möchten wir die KMU motivieren und unterstützen, damit der Weg der Energieeffizienzreduktion von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern rascher eingeschlagen werden kann. Mit diesen Massnahmen kann ein aktiver Klimaschutz betrieben werden, was ein notwendiger Schritt von vielen ist.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss in Vertretung von Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Reto Wyss: Netto null ist auch das Ziel der Regierung, daran arbeiten wir. Die Energieeffizienz muss verbessert werden, und auch die Unternehmen müssen einen Beitrag dazu leisten. Diesbezüglich sind wir uns einig. Die Regierung ist aber der Ansicht, dass Bund und Kanton bereits viel investieren, um in diesem Bereich aktiv einen Beitrag zu leisten. Wir sind klar der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Kantons sein kann, hier ein Kreditprogramm zu errichten, denn dazu gibt es andere Möglichkeiten. Zum Vergleich mit der Landwirtschaftlichen Kreditkasse: Wir sehen das etwas anders, denn dort geht es darum, einen Berufszweig ganz grundsätzlich zu unterstützen und nicht im Bereich einzelner Massnahmen. Diese Branche wird vom Staat grundsätzlich unterstützt. Wir bitten Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 83 zu 23 Stimmen ab.